

Pressemitteilung

Klimawandel lässt sich nur gemeinsam bekämpfen – ZIA fordert Pakt für das Klima

Berlin, 14.05.21 - Der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA), Spitzenverband der Immobilienwirtschaft, kritisiert die im Klimapakt festgelegte pauschale 50:50-Aufteilung der CO₂-Kosten zwischen Eigentümern und Mietern sowie die angekündigten Verschärfungen bei den Neubaustandards scharf. Diese Regelungen erschwere sogar den Kampf gegen den Klimawandel.

Ganz klar sei aber aus Sicht des Verbandes, dass man nicht von ambitionierten Klimazielen abrücken wolle. „Diese Entscheidung macht das Erreichen von Klimazielen im Gebäudesektor deutlich schwerer. Wir werden uns aber nicht in den Schlafwagen legen und nur mit erhobenem Zeigefinger auf die Regierung zeigen. Im Gegenteil: Für Modelle wie einen echten Pakt für das Klima mit allen betroffenen Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft stehen wir bereit. Dann muss aber in diesem Rahmen auch eine Förderkulisse erarbeitet werden, die es uns ermöglicht, die Ziele auch zu erreichen. Wir leisten gerne einen Beitrag, die Regierung muss es aber auch tun“, so Andreas Mattner, Präsident des ZIA.

„Der energetische Zustand muss bei der CO₂-Bepreisung eine Rolle spielen. Momentan ist dieser sehr heterogen, das wird nun auch so bleiben. Eine pauschale 50:50-Aufteilung setzt keinen Anreiz, den Gebäudebestand zu modernisieren und verschärft das Investor-Nutzer-Dilemma weiter“, so Mattner. Der ZIA schlägt ein differenziertes Modell vor, das einen deutlich stärkeren Anreiz zur Sanierung setzt. „Hat ein Vermieter alles getan, um energetische Einsparungen zu realisieren, muss er auch von den verbliebenen, geringen CO₂-Kosten befreit werden. Saniert er nicht, muss er im Gegenzug aber auch den größten Teil selbst tragen“, erklärt Mattner das ZIA-Modell.

Auch die angekündigte Erhöhung von Neubaustandards und damit einer weiteren Verteuerung des Neubaus lehnt der ZIA ab. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) ist gerade erst am 1. November 2020 in Kraft getreten. Der Gesetzgeber hatte aus guten Gründen auf weitere Verschärfungen der Neubaustandards verzichtet und eine Evaluierung der Regelungen für das Jahr 2023 vorgesehen. „Das macht auch Sinn, da sich die Effekte des GEG noch einspielen werden und eine fundierte Bewertung der gesetzlichen Vorgaben ausreichend Zeit benötigt. Kurzfristige politische Beschlüsse rein aus Wahlkampfgründen sind kontraproduktiv, teuer und helfen dem Umweltschutz nicht“, so Mattner.

Besondere Probleme werden sich künftig am Gewerbeimmobilienmarkt ergeben. „Während bei Wohngebäuden alle Mieter ähnliche Verbräuche haben, ist der Unterschied bei Gewerbemietern, z.B. zwischen einer Tischlerei und einem Versicherungsbüro, sehr groß. Es kann also sein, dass Gewerbevermieter künftig nur sehr ungerne energieintensive Gewerbe als Mieter nehmen. Das ist ein schwerer Schlag für den Mittelstand, hier müssen dringend Lösungen her“ so Mattner abschließend.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 28 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

Stefan Weidelich
ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
Leipziger Platz 9
10117 Berlin
Tel.: 030/20 21 585 49
E-Mail: Stefan.Weidelich@zia-deutschland.de
Internet: www.zia-deutschland.de